

Neuer Premier und alte Probleme

Das japanische Unterhaus hat am 11. Januar 1996 in einer Sondersitzung den bisherigen Handelsminister Ryūtarō Hashimoto von der Liberaldemokratischen Partei (LDP) zum neuen Regierungschef gewählt. Die Koalition aus der konservativen LDP, der Sozialdemokratischen Partei (SDP) und der Kleinpartei Sakigake erhofft sich von dem als durchsetzungsfähig und dynamisch geltenden achtundfünfzigjährigen neuen Mann an der Regierungsspitze einen Aufschwung in ihrer Arbeit und der Wählergunst, der bis zu den für Anfang 1997 vorgesehenen Neuwahlen trägt. Dabei kann sich die SDP die wenigsten Hoffnungen machen, zu profitieren.

Die Dreiparteienkoalition aus LDP, SDP und Sakigake war nach dem Mehrheitsverlust der langjährigen Regierungspartei LDP entstanden. Konfrontiert mit der Rezession und der Finanzkrise Japans, dem Vertrauensverlust durch Mißmanagement nach dem Erdbeben von Kōbe und den Mordanschlägen der Aum-Sekte, sowie den Angriffen einer selbstbewußten Opposition, hatte die Regierung unter dem 72jährigen sozialdemokratischen Premier Tomiichi Murayama allerdings niemals wirklich Tritt fassen können. Die Oberhauswahlen im Sommer 1995 waren insbesondere für die Sozialdemokraten ein Desaster geworden.

Auf Ryūtarō Hashimoto richten sich daher die Hoffnungen, parallel zur sich bessernden Konjunkturlage auch das Fortune der Regierungsparteien zu korrigieren. Auch die SDP unterstützte den Wechsel der Regierungsspitze aus der verzweifelten Hoffnung heraus, am Ansehen des konservativen Nachfolgers Murayamas teilhaben zu können.

Mit der Koalitionsvereinbarung über den neuen Minister-

präsidenten wurde auch ein neues – vage gehaltenes – Regierungsprogramm beschlossen. Dieses befaßt sich vor allem mit der Verschuldungsfrage japanischer Unternehmen und der Reform des Finanzsystems. Die außenpolitischen Programmpunkte sind als Entgegenkommen der noch weitgehend pazifistisch orientierten SDP gegenüber zu sehen: Überprüfung der japanisch-amerikanischen Beziehungen und Verkleinerung der amerikanischen Basen auf Oki-



Foto: Kyodo

Japans neuer Premierminister Ryūtarō Hashimoto

nawa, Normalisierung der Beziehung mit Nordkorea, nur verhaltenes Streben nach einem ständigen VN-Sicherheitsratsitz.

Mit dem Aufstieg Hashimotos stehen nunmehr die beiden profiliertesten politischen Köpfe Japans an der Spitze der größten Regierungspartei sowie der Oppositionspartei: Hashimoto gilt als entscheidungsfreudig, konfrontationswillig und zur nationalistischen Rechten hin neigend. Ichirō Ozawa, der 53jährige Führer der Oppositionspartei Shinshintō, gilt eher als Liberaler, als genialer politischer Stratege, als visionärer Befürworter einer radikalen Modernisierung der japanischen Gesellschaft. Angesichts der Stärke dieser

beiden Persönlichkeiten dürfte es jedem Dritten, und gerade Murayama (sofern er Führer der SDP bleibt), schwerfallen, die Phantasie der Wahlbevölkerung zu fesseln.

Die SDP ist in die Dreiparteienkoalition mit der Absicht eingetreten, sich von ihrem traditionell sozialistischen Image zu lösen und eine glaubhafte moderne Alternative zur verkrusteten Alleinregierungspartei LDP zu bieten. Vertreter dieser Linie war insbesondere Murayama, der sich aber, genauso wenig wie schon sein Vorgänger, gegen den starken linken Flügel seiner Partei durchsetzen können. Einen Ausweg aus dem Dilemma sollte der Parteitagbeschluss zur Neugründung der Partei unter einem noch zu findenden Namen weisen. Auch hier war es aber bisher nicht möglich, über die beherrschenden Kräfte in der Partei hinweg eine »neue sozialdemokratische Partei« zu präsentieren.

So gilt die SDP heute als traditionsverhaftet und unfähig, die Probleme des modernen Japan zu lösen; die reformerischen Ansätze werden heute von der aus verschiedenen Abspaltungen der LDP und der SDP gegründeten Shinshintō vertreten. Durch die im Regierungsbündnis erforderlichen Kompromisse hat sich die SDP darüber hinaus auch in den Augen ihrer traditionellen Anhänger als Linkspartei diskreditiert. Nach dem heutigen Stand der Dinge wäre bei Neuwahlen eine erdrutschartige Niederlage der SDP zu erwarten – einer der Gründe, weshalb die Partei ihre Zustimmung zur Wahl Hashimotos von einer Verschiebung des Neuwahltermins abhängig gemacht hat. Es scheint allerdings fraglich, ob der neue Premier sich an die Absprache, erst 1997 zu wählen, halten wird.

Dr. Volker Stanzel

Die Gründe für Murayamas Rücktritt

Lange schon hatte Tomiichi Murayama, Chef der Sozialdemokratischen Partei Japans, die Meinung vertreten, daß die Regierung von einem Mitglied der stärksten Partei geleitet werden müsse, und dies seien nun mal die Liberaldemokraten. Um so mehr, als die Politik seiner Regierung auch immer mehr von den Liberaldemokraten gemacht wurde, die einen Großteil der Minister stellen und die wichtigsten Ressorts unter sich aufgeteilt haben. Immer wieder hatte Murayama Kabinettsentscheidungen vertreten müssen, die gegen seine eigene Überzeugung sprachen.



Foto: Kyodo

Ex-Premier Tomiichi Murayama

Schon Anfang Dezember hatte er daher die Absicht geäußert, zurücktreten zu wollen. Doch seine Parteifreunde hatten ihn noch einmal überredet weiterzumachen. Wenigstens bis zur Verabschiedung des Budgets im Frühjahr solle er doch noch durchhalten. Doch die heftige Kritik an der Regierungsentscheidung, die faulen Kredite der Wohnungsbaufinanzierungsgesellschaften mit Regierungsbeihilfen auszulösen (19.12.95), sowie die scharfen Angriffe auf den im Kabinett beschlossenen Budgetplan (25.12.95) waren ihm zuviel er trat zurück. Murayama will sich jetzt ganz auf seine Aufgaben als Parteichef konzentrieren.

Günter Schmitz